

Geschäftsverteilungsplan des Bundessozialgerichts für das Jahr 2009

Inhaltsübersicht

	Seite
Teil A: Verteilung der Geschäfte auf die Senate	
Abschnitt I: Zuständigkeit der Senate für bestimmte Rechtsgebiete	50
Abschnitt II: Zuordnungsregelungen	52
1. Grundsätze	52
2. Zuordnung in Sonderfällen	52
a) Rückläufer	52
b) Vorbefassung	52
c) Streitigkeiten zwischen Bund, Ländern u. Ä.	52
d) Beschwerden nach § 17a Abs. 4 Satz 4 GVG	52
e) Abgabe-Anfragen	52
3. Register	53
4. Anrufung des Präsidiums	53
Abschnitt III: Zuständigkeit bei Ersuchen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) sowie bei sonstigen Anfragen	53
Abschnitt IV: Zuständigkeit bei Ersuchen des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes	53
Teil B: Besetzung der Senate mit Berufsrichtern	54
Abschnitt I: Besetzung des 1. bis 14. Senats	54
Abschnitt II: Vertretungsregelungen	55
1. Vertretung im Vorsitz	55
2. Vertretung durch Richter eines anderen Senats	55
Abschnitt III: Besetzung des Großen Senats	55
Abschnitt IV: Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	55
Teil C: Besetzung der Senate mit ehrenamtlichen Richtern	56
Abschnitt I: Besetzung des 1. bis 14. Senats	56
Abschnitt II: Besetzung des Großen Senats	57
Abschnitt III: Regelungen über die Heranziehung der ehrenamtlichen Richter	58
Abschnitt IV: Verzeichnis der in oder in der Nähe von Kassel wohnenden ehrenamtlichen Richter	58
Anhang	
Erläuterung der beim Bundessozialgericht verwandten Aktenzeichen	58

Teil A: Verteilung der Geschäfte auf die Senate

Abschnitt I: Zuständigkeit der Senate für bestimmte Rechtsgebiete

1. Senat

1. Streitigkeiten aus dem Leistungsrecht der gesetzlichen Krankenversicherung*) einschließlich der Wahlrechte der Mitglieder nach § 53 SGB V, soweit nicht der 3. Senat zuständig ist.
2. Streitigkeiten über Entscheidungen von Vergabekammern nach § 142a SGG, soweit nicht der 3. Senat zuständig ist.
3. Streitigkeiten aus dem Leistungserbringerrecht der gesetzlichen Krankenversicherung*), soweit nicht der 6. Senat zuständig ist, mit den Endziffern 1, 3, 5, 6, 8 und 0.
4. Streitigkeiten aus dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung*), soweit nicht der 3., 6. oder 12. Senat zuständig ist.
5. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten, die aufgrund des Aufwendungsausgleichsgesetzes und des früheren Lohnfortzahlungsgesetzes entstehen bzw. entstanden sind (§ 51 Abs. 1 Nr. 8 SGG).
6. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten aus dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen, Art. 5 des Schwangerschafts- und Familienhilfeänderungsgesetzes (SFHÄndG) vom 21. August 1995.
7. Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen verschiedenen Ländern gemäß § 39 Abs. 2 SGG.
8. Entscheidungen betreffend ehrenamtliche Richter gemäß § 47 SGG, in den Fällen des § 21 SGG jedoch nicht bei Beschlüssen des Vorsitzenden des 1. Senats.

2. Senat

1. Streitigkeiten aus der gesetzlichen Unfallversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau.
2. Streitigkeiten zwischen dem Bund, den Ländern, Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie Behörden über einen Anspruch aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

3. Senat

1. Alle Streitigkeiten betreffend Hilfsmittel nach § 33 SGB V, häusliche Krankenpflege nach § 37 SGB V und Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit nach §§ 53 bis 57 SGB V a.F., einschließlich der Streitigkeiten über diesbezügliche Entscheidungen der Vergabekammern nach § 142a SGG.
2. Streitigkeiten aus dem Leistungserbringerrecht der gesetzlichen Krankenversicherung*), soweit nicht der 6. Senat zuständig ist, mit den Endziffern 2, 4, 7 und 9.
3. Bestände des 3. Senats aus der gesetzlichen Krankenversicherung am 31. Dezember 2008.
4. Streitigkeiten aus dem Künstlersozialversicherungsgesetz.
5. Streitigkeiten aus dem SGB XI (einschließlich des Leistungs- und Leistungserbringerrechts in der knappschaftlichen Pflegeversicherung und der Pflegeversicherung der Landwirte), soweit nicht der 12. Senat zuständig ist.

4. Senat

1. Die am 31. Juli 2008 beim 11b. Senat anhängigen Streitigkeiten.
2. Streitigkeiten in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (§ 51 Abs. 1 Nr. 4a SGG) einschließlich der Streitigkeiten über den Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz mit den Endziffern 7, 8, 9 und 0**), ausgenommen sind die Streitigkeiten mit den Aktenzeichen B 14/7b AS 8/07 R, B 14/7b AS 9/07 R und B 14/7b AS 10/07 R, für die der 14. Senat zuständig bleibt.

5. Senat

1. Bestände des 5a. Senats und des 5b. Senats an knappschaftlicher Rentenversicherung am 31. Juli 2008.

*) einschließlich der Streitigkeiten aus der knappschaftlichen Krankenversicherung und der Krankenversicherung der Landwirte

**) Bestand des 14. Senats am 31. Juli 2008 und gemeinsame Neueingänge ab 1. August 2008

2. Streitigkeiten aus der Rentenversicherung***), soweit nicht der 12. oder 13. Senat zuständig ist, mit geraden Endziffern.
3. Streitigkeiten aus dem Gesetz über einen Bergmannsversorgungsschein im Land Nordrhein-Westfalen.
4. Streitigkeiten gegen die Seemannskasse (§ 143 SGB VII a.F.; §§ 237a ff SGB VI).
5. Entscheidungen betreffend ehrenamtliche Richter in den Fällen der §§ 21, 47 SGG bei Beschlüssen des Vorsitzenden des 1. Senats.

6. Senat

Streitigkeiten auf Grund der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Vertragsärzten, Psychotherapeuten und Vertragszahnärzten unter Einschluss der Zahntechniker (Vertragsarztrecht) einschließlich ihrer Vereinigungen und Verbände.

Dazu rechnen auch Streitigkeiten aus dem SGB V

- zwischen Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern und anderen an der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung teilnehmenden Einrichtungen (z.B. medizinische Versorgungszentren im Sinne des § 95 Abs. 1 SGB V) und Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen sowie Krankenkassen,
- auf Grund von Entscheidungen der gemeinsamen Gremien von Vertragsärzten, Psychotherapeuten, Vertragszahnärzten (einschließlich Zahntechniker) und Krankenkassen, auch soweit andere Leistungserbringer sowie sachkundige Personen aus den Kreisen der für die Wahrnehmung der Interessen der Patientinnen und Patienten und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen maßgeblichen Organisationen mitwirken,
- auf Grund der Regelungen in
 - § 73b Abs. 2 in der bis zum 31. März 2007 geltenden Fassung, § 73b Absätze 4 bis 8 in der bis zum 30. Juni 2009 geltenden Fassung, § 73b Abs. 4, 4a bis 8 in der ab dem 1. Juli 2009 geltenden Fassung des Art. 1 Nr. 1f GKV-OrgWG, § 73c Absätze 4 bis 6 in der Fassung des Art. 1 Nr. 46 GKV-WSG, § 73d Abs. 2 bis 5 in der Fassung des Art. 1 Nr. 47 GKV-WSG, § 75 Absätze 3a bis 3c in der Fassung des Art. 1 Nr. 48 GKV-WSG, § 115, § 115b, § 116b, § 118 Abs. 2, § 121a Abs. 2 bis 4,
 - § 137b in der bis zum 31. Dezember 2003 geltenden Fassung,
 - § 137d,
 - § 137e in der bis zum 31. Dezember 2003 geltenden Fassung,
 - §§ 139a bis c, §§ 140a bis d,
 - § 140e, soweit die ambulante Versorgung von Versicherten mit Leistungen von Ärzten, Psychotherapeuten, Zahnärzten und ärztlich geleiteten Einrichtungen betroffen ist,
 - § 140f sowie
 - § 311 SGB V.

7. Senat

1. Streitigkeiten aus § 146 Abs. 4 bis 6 SGB III.
2. Streitigkeiten aus dem Bereich der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit (u.a. Streitigkeiten aus §§ 86a, 88a SVG, dem Gesetz zur Förderung von Vorruststandsleistungen, dem Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand, dem Altersteilzeitgesetz sowie aus dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz, soweit die Bundesagentur für Arbeit beteiligt ist), soweit nicht der 10. Senat (Kindergeldrecht) oder der 12. Senat zuständig sind, bei Neueingängen mit den Endziffern 3, 6 und 9, soweit nicht der 11. Senat für die ihm unter Nr. 1 zugewiesenen Streitsachen ausschließlich zuständig ist.

8. Senat

Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes (§ 51 Abs. 1 Nr. 6a SGG).

9. Senat

1. Streitigkeiten aus dem sozialen Entschädigungsrecht, auch soweit das Bundessozialgericht im ersten und letzten Rechtszug zuständig ist.

***) einschließlich der Streitigkeiten aus der knappschaftlichen Rentenversicherung

2. Streitigkeiten aus dem Zivildienstgesetz.
3. Streitigkeiten aus § 4 Abs. 6 und § 59 Abs. 1 letzter Satz des Schwerbehindertengesetzes in der bis 30. Juni 2001 geltenden Fassung sowie aus § 69 und § 145 Abs. 1 letzter Satz des SGB IX, auch soweit das Bundessozialgericht im ersten und letzten Rechtszug zuständig ist.
4. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten aus §§ 51 bis 54 des Bundesseuchengesetzes in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung sowie §§ 60 bis 63 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz).
5. Streitigkeiten aus § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.
6. Streitigkeiten aus § 10 Abs. 3 des Häftlingshilfegesetzes, soweit nach der Art des Anspruchs die Vorschriften des SGG für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts gelten.
7. Wahlanfechtungsverfahren gemäß § 21b Abs. 6 GVG in Verbindung mit § 6 SGG.
8. Streitigkeiten aus Art. 1 § 25 Abs. 5 des Ersten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht und nach Art. 1 § 16 Abs. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht.
9. Streitigkeiten aus dem Gesetz über den Abschluss von Unterstützungen der Bürger der ehemaligen DDR bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen.
10. Streitigkeiten aus dem Anti-D-Hilfegesetz vom 2. August 2000.
11. Streitigkeiten aus den Blindengeld- und Blindenhilfegesetzen der Länder, soweit der Rechtsweg vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit eröffnet ist.

10. Senat

1. Streitigkeiten aus der Altershilfe bzw. Alterssicherung der Landwirte.
2. Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nach § 10 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft.
3. Streitigkeiten aus dem Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz vom 22. Juli 1986.
4. Streitigkeiten aus dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit vom 21. Februar 1989.
5. Streitigkeiten aus dem Bundeserziehungsgeldgesetz und den Erziehungsgeldgesetzen der Länder sowie für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten nach §§ 1 bis 12 des Gesetzes zum Elterngeld und zur Erziehungszeit (BEEG).
6. Streitigkeiten aus dem Kindergeldrecht, ausgenommen der Streitigkeiten über den Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz.
7. Streitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

11. Senat

1. Streitigkeiten betreffend Konkursausfallgeld mit Einschluss der Beitragsstreitigkeiten nach § 141n Abs. 1 AFG und Insolvenzgeld mit Einschluss der Beitragsstreitigkeiten nach § 208 Abs. 1 SGB III, Streitigkeiten nach §§ 160, 166a AFG, § 335 Abs. 3, 4 und 5 in Verbindung mit Abs. 3 SGB III, Streitigkeiten nach
 - a) § 186a AFG, §§ 354 bis 357 SGB III
 - b) §§ 186b bis 186d AFG, §§ 358 bis 362 SGB III, einschließlich der Umlageforderungen im Konkurs bzw. in der Insolvenz.
2. Streitigkeiten aus dem Bereich der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit (u. a. Streitigkeiten aus §§ 86a, 88a SVG, dem Gesetz zur Förderung von Vorruhestandsleistungen, dem Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand, dem Altersteilzeitgesetz sowie dem Beruflichen Rehabilitationsgesetz, soweit die Bundesagentur für Arbeit beteiligt ist), soweit nicht der 10. Senat (Kindergeldrecht) oder der 12. Senat zuständig sind, bei Neueingängen mit den Endziffern 1, 2, 4, 5, 7, 8 und 0, soweit nicht der 7. Senat für die ihm unter Nr. 1 zugewiesenen Streitigkeiten ausschließlich zuständig ist.

12. Senat

1. Streitigkeiten betreffend Versicherungspflicht, Versicherungsfreiheit, Versicherungsbefreiung, Versicherungsberechtigung, Beitragspflicht und Beitragsentrichtung (jeweils einschließlich der Zugehörigkeit zu einer in Gesetz oder Satzung bestimmten besonderen Versichertengruppe)*
 - a) in der gesetzlichen Krankenversicherung (einschließlich Streitigkeiten nach Art. 17 § 2 des 2. GKV-NOG),
 - b) in der Pflegeversicherung (auch soweit die private Pflegeversicherung betroffen ist),
 - c) in der gesetzlichen Rentenversicherung, jedoch nicht Streitigkeiten zur Nachversicherung, zur Beanstandung von Beiträgen, zur Vormerkung von Versicherungszeiten (bis Ende 1991) und von rentenrechtlichen Zeiten (ab 1992) sowie zu Kindererziehungszeiten und nicht bei Streitigkeiten nach § 225 Abs. 2 SGB VI,
 - d) nach dem Recht der Arbeitsförderung (einschließlich der Streitigkeiten auf Grund der Regelung in § 336 SGB III).
2. Streitigkeiten aus § 7a SGB IV.
3. Feststellung der Mitgliedschaft in einer Krankenkasse oder Pflegekasse einschließlich der Feststellung der Zuständigkeit der Krankenkassen oder Pflegekassen sowie der Wahlrechte von Mitgliedern, abgesehen von den Wahlrechten nach § 53 SGB V, auch bei Streit unter mehreren Krankenkassen oder Pflegekassen.
4. Streitigkeiten betreffend die Versicherung der Familienangehörigen in der gesetzlichen Krankenversicherung (§ 10 SGB V) und der Pflegeversicherung (§ 25 SGB XI) sowie der Feststellung des Anspruchs auf Familienhilfe (§ 205 RVO).
5. Streitigkeiten betreffend die Beitragszuschüsse nach § 405 RVO, §§ 257, 258 SGB V und § 61 SGB XI sowie die Schadenersatz- und Verzinsungsansprüche nach § 28r SGB IV.
6. Streitigkeiten betreffend
 - a) die Zuschüsse und Beiträge der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Bundesagentur für Arbeit zur Altersvorsorge sowie zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung für Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB III, die von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung oder der sozialen Pflegeversicherung befreit sind (§ 26 SGB II, § 166b AFG, §§ 207, 207a SGB III, auch zum früheren Recht),
 - b) die Zuschüsse der Deutschen Rentenversicherung zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung der freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder bei einem Krankenversicherungsunternehmen versicherten Rentenbezieher (§ 106 SGB VI).
7. Streitigkeiten betreffend die Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge, jedoch nicht Streitigkeiten betreffend die Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge zur Nachversicherung.
8. Streitigkeiten betreffend Beitragsforderungen, die bei Insolvenz des Arbeitgebers von der Einzugsstelle für Zeiten vor und/oder nach dem Insolvenzereignis gegen den Arbeitgeber bzw. gegen den Konkursverwalter geltend gemacht werden (einschließlich von Beitragsforderungen nach § 141n Abs. 2 AFG, § 208 Abs. 2 SGB III), in der gesetzlichen Krankenversicherung, in der Pflegeversicherung, in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung.
9. Streitigkeiten aus § 19 Abs. 2 des Entwicklungshelfergesetzes.
10. Streitigkeiten aus §§ 265 bis 273 SGB V (Finanz- und Risikostrukturausgleich) sowie aus §§ 65 bis 68 SGB XI (Ausgleichsfonds und Finanzausgleich).
Die Zuständigkeiten des 3. Senats für Streitigkeiten aus dem Künstlersozialversicherungsgesetz, des 10. Senats für die Versicherung der Landwirte und des 11. Senats für Beitragsstreitigkeiten nach § 141n Abs. 1 AFG und § 208 Abs. 1 SGB III bleiben unberührt.
11. Bestimmung des zuständigen Gerichts gemäß § 58 SGG.

*) einschließlich der Streitigkeiten aus der knappschaftlichen Kranken- und Rentenversicherung und aus der Kranken- und Pflegeversicherung der Landwirte

13. Senat

1. Bestände des 13. Senats am 31. Juli 2008.
2. Streitigkeiten aus der Rentenversicherung^{*)}, soweit nicht der 12. Senat zuständig ist, mit ungeraden Endziffern.
3. Streitigkeiten auf Grund der Rechtswegzuweisung in § 17 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG), soweit es um Angelegenheiten der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme einschließlich der Überführung in die Rentenversicherung des Beitrittsgebiets oder um Angelegenheiten des Verfahrens zur Übermittlung der Überführungsdaten nach § 8 Abs. 1 bis 3 AAÜG geht und ein Versorgungsträger für das Verfahren nach dem AAÜG zuständig ist.
4. Streitigkeiten auf Grund des § 5 des Zusatzversorgungssystem-Gleichstellungsgesetzes, § 3 Satz 1 des Gesetzes über einen Ausgleich für Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet und § 6 des Versorgungsrückstellungsgesetzes, § 6 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet und im Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit vom 29. Juni 1990 (GBl. DDR I S. 501).
5. Entscheidungen über Erinnerungen gegen die Gebührenfeststellungen des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle gemäß § 189 Abs. 2 Satz 2 SGG (Pauschgebühren) sowie Entscheidungen über Erinnerungen gegen den Kostenansatz von Gerichtskosten gemäß § 197a SGG, § 66 Abs. 1 Satz 1, Abs. 6 GKG (Streitwertgebühren). Entscheidungen über die Kostenprivilegierung nach § 183 in Verbindung mit § 197a SGG sowie Entscheidungen über die Höhe des Streitwerts bleiben dem jeweils für die Entscheidung in der Hauptsache zuständigen Senat vorbehalten.

14. Senat

Streitigkeiten in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 51 Abs. 1 Nr. 4a SGG), einschließlich der Streitigkeiten über den Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz, soweit nicht der 4. Senat zuständig ist.

Abschnitt II: Zuordnungsregelungen

1. Grundsätze

Die Zuordnung von Rechtsstreitigkeiten zu den unter Abschnitt I aufgeführten Rechtsgebieten richtet sich nach den folgenden Grundsätzen:

- a) Die Zuständigkeit für Streitigkeiten aus dem Bereich der Aufsicht und des Selbstverwaltungsrechts folgt der Zuständigkeit für die den einzelnen Senaten zugewiesenen Sachgebiete.
- b) Zuständig ist der Senat, in dessen Zuständigkeit der im Revisionsverfahren streitige Teil des Rechtsstreits fällt. Sind im Revisionsverfahren nur Neben- und Folgeansprüche wie zum Beispiel Zinsen, Säumniszuschläge oder Verfahrenskosten streitig, bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem Anspruch in der Hauptsache.
- c) Ist im Revisionsverfahren nicht mehr streitig, welcher Sozialleistungsträger für den geltend gemachten Leistungsanspruch ggf. passiv legitimiert ist, ist der Senat zuständig, der für Streitigkeiten aus dem Aufgabengebiet dieses Sozialleistungsträgers zuständig ist. Ist die Passivlegitimation des Sozialleistungsträgers im Revisionsverfahren umstritten, ist der Senat zuständig, der für Streitigkeiten aus dem Aufgabengebiet des Beklagten zuständig ist.
- d) Ist im Revisionsverfahren der Anspruch eines Versicherten oder Versorgungsberechtigten gegen einen Sozialleistungsträger streitig, ist der für diesen Anspruch nach Abschnitt I zuständige Senat zur Entscheidung berufen, auch wenn der Anspruch an einen Dritten abgetreten worden ist oder sonst von diesem im eigenen Namen geltend gemacht wird. Das gilt auch, wenn der Dritte seinen Anspruch nicht nur auf abgetretenes oder zur Geltendmachung überlassenes Recht, sondern zugleich auch auf eigene Rechtspositionen stützt.

^{*)} einschließlich der Streitigkeiten aus der knappschaftlichen Rentenversicherung

- e) Sind in einem Revisions- oder Beschwerdeverfahren mehrere Ansprüche im Streit, für die nach Abschnitt I verschiedene Senate zuständig wären, ist der Senat für das gesamte Verfahren zuständig, in dessen Aufgabenbereich der Anspruch fällt, bei dem nach dem Revisionsbegehren das Schwergewicht des Rechtsstreits liegt. Der Senat, an den der Rechtsstreit in Anwendung des Satzes 1 gelangt ist, hat den anderen Senat bzw. die anderen Senate, in deren Zuständigkeitsbereich die im Revisionsverfahren streitigen Ansprüche gehören, zu unterrichten. Er kann die Sache an einen anderen Senat mit dessen Zustimmung abgeben, wenn beide Senate übereinstimmend der Auffassung sind, dass sie den Rechtsstreit nach der Art des anzuwendenden Rechts zu dem Rechtsgebiet rechnen, für das der andere Senat nach Abschnitt I zuständig ist. Im Streitfall entscheidet das Präsidium, das von allen i. S. des Satzes 2 betroffenen Senaten angerufen werden kann.

2. Zuordnung in Sonderfällen

a) Rückläufer

Gelangen Rechtsstreite, in denen das Bundessozialgericht bereits eine Entscheidung erlassen hat (z.B. im Falle einer Zurückverweisung), als Revision, Nichtzulassungsbeschwerde erneut oder in diesen Verfahren sonstige Rechtsbehelfe an das Bundessozialgericht, sind sie von demselben Senat zu bearbeiten, der die frühere Entscheidung gefällt hat. Ist dieser Senat für Streitigkeiten aus dem betroffenen Aufgabengebiet nicht mehr zuständig, wird der erneut anhängig werdende Rechtsstreit von dem für das Aufgabengebiet nunmehr zuständigen Senat bearbeitet.

Diese Regelung gilt entsprechend in Fällen der Aussetzung (z.B. Vorlagen an das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof), des Ruhens und der Unterbrechung des Verfahrens.

b) Vorbefassung

Der Senat, der über eine Nichtzulassungsbeschwerde oder eine Revision bereits entschieden hat, entscheidet auch über weitere Nichtzulassungsbeschwerden, Revisionen und Wiederaufnahmeklagen, die denselben Rechtsstreit betreffen. Ist dieser Senat für Streitigkeiten aus dem betroffenen Aufgabengebiet nicht mehr zuständig, wird der Rechtsstreit von dem für das Aufgabengebiet nunmehr zuständigen Senat bearbeitet.

Sind für ein Rechtsgebiet mehrere Senate zuständig und ist eine Sache bei einem der Senate noch anhängig, so bleibt seine Zuständigkeit für diese und alle weiteren Anträge, Nichtzulassungsbeschwerden, Revisionen und Wiederaufnahmeklagen begründet, die dieselben Verfahrensbeteiligten i.S. von § 69 Nrn. 1 und 2 SGG und dasselbe Rechtsgebiet betreffen, soweit Kläger oder Beklagter eine Privatperson sind.

c) Streitigkeiten zwischen Bund, Ländern u.Ä.

In Streitigkeiten zwischen dem Bund, den Ländern, Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie Behörden entscheidet – vorbehaltlich der Regelungen unter Abschnitt I – derjenige Senat, der für das Rechtsgebiet zuständig ist, dem der erhobene Anspruch angehört. Bei Erstattungsstreitigkeiten ist der zu Grunde liegende Leistungsanspruch des Versicherten oder Versorgungsberechtigten maßgeblich. Im Zweifel entscheidet derjenige Senat, der für die Streitigkeiten aus dem Aufgabengebiet des Beklagten zuständig ist.

d) Beschwerden nach § 17a Abs. 4 Satz 4 GVG

Über Beschwerden nach § 17a Abs. 4 Satz 4 GVG in Verbindung mit § 202 SGG entscheidet derjenige Senat, der für das Rechtsgebiet zuständig ist, dem der erhobene Anspruch vermeintlich angehört. Im Zweifel entscheidet derjenige Senat, der für die Streitigkeiten aus dem Aufgabengebiet des Beklagten zuständig ist.

e) Abgabe-Anfragen

Sind für ein Rechtsgebiet mehrere Senate zuständig, und soll eine Rechtssache an einen Senat dieses Rechtsgebiets abgegeben werden, ist für die Beantwortung der Abgabe-Frage der Senat mit der niedrigsten Ordnungsziffer zuständig; die Zuständigkeit nach erfolgter Abgabe richtet sich nach den allgemeinen Regelungen.

3. Register

Gehen an einem Tag mehrere Revisionen, sofortige Beschwerden, Nichtzulassungsbeschwerden oder Anträge auf Prozesskostenhilfe ein, so sind zunächst die Revisionen, dann die sofortigen Beschwerden, die Nichtzulassungsbeschwerden und schließlich die Anträge auf Prozesskostenhilfe und weitere Anträge in die nach Sachgebieten getrennten Register einzutragen. Für Streitigkeiten, die dem 12. Senat zugewiesen sind, werden gesonderte Register getrennt nach Sachgebieten geführt. Sind für ein Sachgebiet neben dem 12. Senat mehrere weitere Senate abgegrenzt nach Streitgegenständen zuständig, werden die Sachgebiets-Register getrennt für die jeweils zuständigen Senate geführt; erfolgt die Verteilung auf mehrere Senate nach Endziffern, sind die Sachgebiets-Register für diese Senate gemeinsam zu führen. Innerhalb der Register erfolgt die Eintragung in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen und Vornamen des Klägers. Ist auch dann keine Reihenfolge festzustellen, wird als weiteres Kriterium das Aktenzeichen der Vorinstanz in chronologischer Reihenfolge herangezogen.

Sind privatschriftliche Eingänge als Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde bezeichnet, werden sie in das entsprechende Register eingetragen.

Sachen, die nicht erkennen lassen, ob es sich um eine Revision, sofortige Beschwerde, eine Nichtzulassungsbeschwerde, eine Klage oder einen Antrag auf Prozesskostenhilfe handelt oder aus denen das für die Eintragung maßgebliche Sachgebiet nicht ersichtlich ist, sind zunächst in das entsprechende Allgemeine Register (AR) einzutragen. Diese Sachen sind in das zutreffende Register einzutragen, sobald die Voraussetzungen hierfür festgestellt sind; Absatz 1 ist anzuwenden.

Besteht länger als 24 Stunden kein Zugriff auf die über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) beim Intermediär zugegangenen elektronischen Dokumente (§ 65a SGG), werden alle elektronischen Dokumente, die vom Bundessozialgericht später als 24 Stunden nach dem Zeitpunkt ihres Zugangs auf dem Intermediär abgerufen werden können, zum Zwecke der Eintragung in die Register demjenigen Tag zugeordnet, an dem sie tatsächlich abrufbar waren. Beginn, Ende und Grund von länger als 24 Stunden dauernden Unterbrechungen des Zugriffs auf das EGVP sind zu dokumentieren.

4. Anrufung des Präsidiums

Bestehen über die Anwendung der vorstehenden Zuordnungsregelungen Unklarheiten, kann jeder Senat das Präsidium anrufen.

Abschnitt III: Zuständigkeit bei Ersuchen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) sowie bei sonstigen Anfragen

1. Für die nach § 82 Abs. 4 Satz 1 und 2 des BVerfGG auf Ersuchen des BVerfG abzugebenden Äußerungen sind folgende Senate zuständig:
 - a) Betrifft der Streitgegenstand des oder der Ausgangsverfahren, die dem Ersuchen des BVerfG zu Grunde liegen, ein Aufgabengebiet, für das nach dem Geschäftsverteilungsplan ein bestimmter Senat fachlich zuständig ist, so hat dieser die Äußerung abzugeben. Ist das Recht der Rentenversicherung betroffen, sind der 5. und 13. Senat zuständig; ist das Recht der Arbeitsförderung betroffen, sind der 7. und der 11. Senat zuständig; ist das Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende betroffen, sind der 4. und 14. Senat zuständig. Die zuständigen Senate sollen sich um die Abgabe einer einheitlichen Stellungnahme bemühen. Gelingt das nicht, gibt jeder Senat eine eigene Stellungnahme ab.
 - b) Betrifft der Streitgegenstand des oder der Ausgangsverfahren, die dem Ersuchen des BVerfG zu Grunde liegen, Aufgabengebiete, für die nach dem Geschäftsverteilungsplan mehrere Senate fachlich zuständig sind, so hat jeder dieser Senate eine Äußerung hinsichtlich seines Fachgebiets abzugeben.
 - c) Handelt es sich um Verfahrensfragen oder andere Rechtsfragen, die keine Zuständigkeit nach Buchstaben a) oder b) begründen, so haben alle Senate in regelmäßiger Reihenfolge, beginnend mit dem 1. Senat, die Äußerung abzugeben.

2. Abweichung von der Zuständigkeit nach Nr. 1 a) bis c)

Von der Zuständigkeit nach Nr. 1 Buchstaben a) bis c) kann im Einzelfall abgewichen werden, wenn dies wegen der größeren Sachnähe eines Senats oder auf Wunsch des BVerfG oder aus anderen gewichtigen Gründen tunlich ist. Hierüber kann zwischen den betroffenen Senaten unter Vermittlung des Präsidenten Einvernehmen hergestellt werden. Auf Anrufung eines betroffenen Senats oder des Präsidenten entscheidet das Präsidium.

3. Verfahren

Der oder die nach Nr. 1 oder 2 jeweils zuständige(n) Senat(e) unterrichten die fachlich betroffenen Senate, in den unter Nr. 1c) fallenden Angelegenheiten alle Senate von dem Ersuchen des BVerfG und geben diesen den Inhalt der beabsichtigten Äußerungen bekannt. Teilen andere Senate dem bzw. den zuständigen Senaten innerhalb von 4 Wochen eine von der Äußerung abweichende Auffassung mit, ist zwischen den beteiligten Senaten eine möglichst übereinstimmende Stellungnahme anzustreben. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, hat der zuständige Senat neben seiner Äußerung auch die abweichende Stellungnahme der anderen Senate über den Präsidenten dem BVerfG zuzuleiten.

4. Zuständigkeit in sonstigen Fällen

Die Regelungen unter Nrn. 1 bis 3 gelten auch für sonstige Fälle, in denen das BVerfG dem Bundessozialgericht Gelegenheit gibt, sich zu äußern (§ 22 der Geschäftsordnung des BVerfG). Anfragen des BVerfG an bestimmte Senate bleiben hiervon unberührt.

Bittet das BVerfG in einem Verfahren über eine Verfassungsbeschwerde, die sich (auch) gegen eine Entscheidung des Bundessozialgerichts richtet, das Bundessozialgericht um Stellungnahme, ist der Senat zuständig, der die angegriffene Entscheidung erlassen hat. Ist dieser Senat für Streitigkeiten aus dem betroffenen Aufgabengebiet nicht mehr zuständig, richtet sich die Zuständigkeit nach den Nrn. 1 und 2. Betrifft die Verfassungsbeschwerde Aufgabengebiete oder Rechtsfragen, für die mehrere Senate fachlich zuständig sind, ist das Verfahren nach Nr. 3 einzuhalten.

5. Register

Maßgebend für die wechselnde Zuständigkeit von Senaten ist ein besonderes Register (mit Unterabteilungen), in das die vom BVerfG eingehenden Ersuchen nach der Reihenfolge ihres Eingangs einzutragen sind.

6. Bei sonstigen Anfragen staatlicher, zwischenstaatlicher oder überstaatlicher Stellen gelten die Regelungen der Nrn. 1. bis 5. sinngemäß, soweit die Anfragen zum Aufgabenbereich der Rechtsprechung gehören.

Abschnitt IV: Zuständigkeit bei Ersuchen des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Für die nach § 12 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes auf Ersuchen des Gemeinsamen Senats abzugebende Äußerung sind folgende Senate zuständig:
 - a) Ist ein Senat an einem Verfahren des Gemeinsamen Senats beteiligt, so hat dieser Senat die Äußerung abzugeben.
 - b) Andernfalls gilt Folgendes:
 - aa) Wenn es sich um eine Rechtsfrage aus einem Aufgabengebiet handelt, für das nach dem Geschäftsverteilungsplan ein bestimmter Senat zuständig ist, so hat dieser die Äußerung abzugeben.
 - bb) Handelt es sich um eine Rechtsfrage aus einem Aufgabengebiet, für das nach dem Geschäftsverteilungsplan mehrere Senate zuständig sind, so haben diese Senate abwechselnd die Äußerung abzugeben, beginnend mit dem Senat mit der niedrigsten Ordnungsnummer.
 - cc) Handelt es sich um andere Rechtsfragen, so haben alle Senate in regelmäßiger Reihenfolge, beginnend mit dem 1. Senat, diese Äußerung abzugeben.

2. Zuständigkeit in sonstigen Fällen

Diese Regelung gilt auch für diejenigen Fälle, in denen eine Äußerung abgegeben werden soll, ohne dass der Gemeinsame Senat hierum ersucht hat.

3. Register

Maßgebend für die wechselnde Zuständigkeit von Senaten ist ein besonderes Register, in das die vom Gemeinsamen Senat eingehenden Ersuchen nach der Reihenfolge ihres Eingangs einzutragen sind.

Teil B: Besetzung der Senate mit Berufsrichtern

Abschnitt I: Besetzung des 1. bis 14. Senats

1. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Präsident des BSG Masuch	Richter am BSG Dr. Kretschmer
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Kretschmer	
Richter am BSG Dr. Hauck ^{*)}	
Richterin am BSG Dr. Brandts	

^{*)} Zur Hälfte mit den Aufgaben eines Berichterstatters betraut.

2. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Meyer	Richter am BSG Dr. Becker
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Becker	
Richter am BSG Mutschler	
Richter am BSG Heinz	

3. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Dr. Hambüchen	Richter am BSG Schriever
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Schriever	
Richter am BSG Dr. Schütze	

4. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Schlegel	Richter am BSG Dr. Voelzke
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Voelzke ^{*)}	
Richterin am BSG Knickrehm	

^{*)} Zu drei Viertel mit den Aufgaben eines Berichterstatters betraut.

5. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Dr. Dreher	Richter am BSG Dr. Neuhaus
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Neuhaus	
Richterin am BSG Dr. Günniker	
ständige Vertreter	
Richter am BSG Dr. Berchtold	
Richterin am BSG Hüttmann-Stoll ergänzend für den Fall der Verhinderung des ständigen Vertreters oder eines weiteren Senatsmitglieds	

6. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Wenner	Richter am BSG Dr. Clemens

weitere Berufsrichter

Richter am BSG Dr. Clemens
Richter am BSG Gasser^{*)}
Richter am BSG Engelhard

^{*)} Zu drei Viertel mit den Aufgaben eines Berichterstatters betraut.

7. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Eicher	Richter am BSG Dr. Koloczek
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Koloczek	
Richter am BSG Coseriu	
Richterin am BSG Behrend	

8. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Eicher	Richter am BSG Dr. Koloczek
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Koloczek	
Richter am BSG Coseriu	
Richterin am BSG Behrend	

9. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Loytved	Richter am BSG Kruschinsky
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Kruschinsky	
Richter am BSG Dr. Knörr	

10. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Loytved	Richter am BSG Kruschinsky
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Kruschinsky	
Richter am BSG Dr. Knörr	

11. Senat

Vorsitzende	Vertreter
Vizepräsidentin des BSG Dr. Wetzel-Steinwedel	Richter am BSG Dr. Leitherer
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Leitherer	
Richterin am BSG Dr. Roos	

12. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Balzer	Richter am BSG Dr. Berchtold
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Berchtold	
Richter am BSG Dr. Bernsdorff	
Richterin am BSG Hüttmann-Stoll	

13. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Dr. Steinwedel	Richter am BSG Dr. Fichte
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Fichte	
Richter am BSG Kaltenstein	
ständige Vertreter	
Richter am BSG Dr. Bernsdorff	
Richterin am BSG Hüttmann-Stoll ergänzend für den Fall der Verhinderung des ständigen Vertreters oder eines weiteren Senatsmitglieds	

14. Senat

Vorsitzender	Vertreter
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Udsching	Richter am BSG Dr. Spellbrink
weitere Berufsrichter	
Richter am BSG Dr. Spellbrink	
Richterin am BSG Dr. Düring	
Richterin am BSG Krauß	

Abschnitt II: Vertretungsregelungen

1. Vertretung im Vorsitz
 - a) Bei Verhinderung des Vorsitzenden eines Senats führt den Vorsitz der nach Abschnitt I bestimmte Vertreter (Stellvertretender Vorsitzender).
 - b) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden führt der dienstälteste, bei gleichem Dienstalter der lebensälteste Beisitzer des Senats den Vorsitz. Ist auch dieser verhindert, führt der dienstälteste verbleibende Beisitzer dieses Senats den Vorsitz. Dies gilt auch dann, wenn das zur Vertretung berufene Mitglied eines anderen Senats (Nr. 2) dienstälter bzw. lebensälter ist.
 - c) Sind der Vorsitzende und sämtliche weiteren Beisitzer des Senats verhindert, so führt der dienstälteste, bei gleichem Dienstalter der lebensälteste Vertreter (Nr. 2) den Vorsitz.
2. Vertretung durch Richter eines anderen Senats
 - a) Führt die Verhinderung der Mitglieder eines Senats zur Beschlussunfähigkeit, findet eine Vertretung durch Richter eines anderen Senats statt. Wer anderer Senat ist, ergibt sich aus der nachfolgenden Gegenüberstellung von Senaten, deren Richter zur gegenseitigen Vertretung berufen sind:

1. Senat	–	3. Senat
2. Senat	–	9./10. Senat
4. Senat	–	14. Senat
5. Senat	–	13. Senat
6. Senat	–	12. Senat
7./8. Senat	–	11. Senat
 - b) Zur Vertretung werden nur die Beisitzer des anderen Senats herangezogen.
 - c) Soweit es für die Herbeiführung der Beschlussfähigkeit eines Senats erforderlich ist, wird dieser für die Dauer der Verhinderung eines Mitglieds stets durch den jeweils dienstjüngsten Beisitzer des anderen Senats ergänzt. Bei gleichem Dienstalter beginnt die Reihenfolge mit dem Lebensjüngsten.
 - d) Stehen aus dem anderen Senat Beisitzer nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung, sind alle Beisitzer in der Reihenfolge des Alphabets zur Vertretung berufen.

Abschnitt III: Besetzung des Großen Senats

Vorsitzender	
Präsident des BSG Masuch	
Bei Verhinderung des Präsidenten als Vorsitzenden des Großen Senats vertritt ihn das dienstälteste Mitglied des Großen Senats.	
Berufsrichter	Vertreter
1. Senat	
Präsident des BSG Masuch	Richter am BSG Dr. Kretschmer als Vertreter i. S. von § 41 Abs. 5 Satz 4 SGG
2. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Meyer	Richter am BSG Dr. Becker
3. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Dr. Hambüchen	Richter am BSG Schriever
4. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Schlegel	Richter am BSG Dr. Voelzke
5. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Dr. Dreher	Richter am BSG Dr. Neuhaus
6. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Wenner	Richter am BSG Dr. Clemens
7. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Eicher	Richter am BSG Dr. Koloczek
8. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Eicher	Richter am BSG Dr. Koloczek
9. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Loytved	Richter am BSG Kruschinsky
10. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Loytved	Richter am BSG Kruschinsky
11. Senat	
Vizepräsidentin des BSG Dr. Wetzel-Steinwedel	Richter am BSG Dr. Leitherer
12. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Balzer	Richter am BSG Dr. Berchtold
13. Senat	
Richter am BSG Dr. Fichte	Richter am BSG Kaltenstein
14. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Udsching	Richter am BSG Dr. Spellbrink

Abschnitt IV: Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes:
 - a) der Präsident des Bundessozialgerichts
 - b) die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundessozialgerichts.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

2. Mitglieder durch Entsendung für die Geschäftsjahre 2009 und 2010

Mitglieder	Vertreter
1. Senat	
Richter am BSG Dr. Kretschmer Richter am BSG Dr. Hauck	Richterin am BSG Dr. Brandts
2. Senat	
Richter am BSG Dr. Becker	Richter am BSG Mutschler
3. Senat	
Richter am BSG Schriever	Richter am BSG Dr. Schütze
4. Senat	
Richter am BSG Dr. Voelzke	Richterin am BSG Knickrehm
5. Senat	
Richter am BSG Dr. Neuhaus	Richterin am BSG Dr. Günniker
6. Senat	
Richter am BSG Dr. Clemens	Richter am BSG Gasser
7. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Eicher	Richter am BSG Dr. Koloczek
8. Senat	
Vorsitzender Richter am BSG Eicher	Richter am BSG Dr. Koloczek

9. Senat		Richter am BSG Dr. Knörr
Richter am BSG Kruschinsky		
10. Senat		Richter am BSG Dr. Knörr
Richter am BSG Kruschinsky		
11. Senat		Richterin am BSG Dr. Roos
Richter am BSG Dr. Leitherer		
12. Senat		Richter am BSG Dr. Bernsdorff
Richter am BSG Dr. Berchtold		
13. Senat		Richter am BSG Kaltenstein
Richter am BSG Dr. Fichte		
14. Senat		Richterin am BSG Dr. Düring
Richter am BSG Dr. Spellbrink		
Großer Senat		
Vizepräsidentin des BSG Dr. Wetzel-Steinwedel		Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Meyer
Vorsitzender Richter am BSG Balzer		Vorsitzender Richter am BSG Prof. Dr. Loytved

Ist auch der namentlich benannte Vertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.

Teil C: Besetzung der Senate mit ehrenamtlichen Richtern

Abschnitt I: Besetzung des 1. bis 14. Senats

Den einzelnen Senaten werden nachstehende ehrenamtliche Richter in der jeweils angegebenen Reihenfolge zugeteilt:

1. Senat

Versicherte	Arbeitgeber
1. Leite, Jürgen	1. Dr. Andresen, Boy-Jürgen
2. Braun, Rudolf	2. Geppert, Cornelia
3. Gabke, Renate	3. Bungart, Johannes
4. Liedtke, Rudolf	4. Arlt, Gudrun
5. Siller, Gert	5. Ries, Joachim
6. Kandaschow, Heike	6. Alsbach, Peter

2. Senat

Versicherte	Arbeitgeber
1. Lasar, Dieter	1. Haase, Bettina
2. Schneidinger, Dieter	2. Kleemann, Kristoff
3. Ende, Karin	3. Lippert, Manfred
4. Grützmacher, Heike	4. Dr. Burdinski, Wolfhart
5. Liedtke, Rudolf	5. Dr. Grieshaber, Thomas
6. Senske, Uwe	6. Stein, Andreas
7. Farlock, Brigitte	

3. Senat

Versicherte	Arbeitgeber
1. Bauer, Matthias	1. Busch, Axel
2. Setz, Brigitta	2. Koch, Hans
3. Dörr, Elisabeth	3. Harms, Helmut
4. Bareither, Benno	4. Ries, Joachim
5. Herrmann, Wilhelm	5. Liedtke, Klaus
6. Schaller, Johannes	6. Dr. Picker, Claudia
7. Grützmacher, Heike	

4. Senat

Arbeitnehmer	Arbeitgeber
1. Setz, Brigitta	1. Dr. Wirsam, Friedrich
2. Ende, Karin	2. Johannsen, Klaus
3. Siller, Gert	3. Busch, Axel
4. Bareither, Benno	4. Sachse, Karin
5. Dellmann, Thorsten	5. Oster, Arthur
6. Govorusic, Heidi	6. Dr. Grieshaber, Thomas
7. Rademacher, Axel	

5. Senat

Versicherte	Arbeitgeber
1. Weniger, Dieter	1. Dr. Schneider, Hans
2. Bauer, Matthias	2. Dr. Roth, Ernst Martin
3. Lohre, Karl-Werner	3. Arlt, Gudrun
4. Ende, Karin	4. Sachse, Karin
5. Govorusic, Heidi	5. Alsbach, Peter
6. Rademacher, Axel	6. Dr. Burdinski, Wolfhart
7. Kandaschow, Heike	

6. Senat

a) Für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts
(vgl. § 12 Abs. 3 Satz 1 SGG)

Vertragsärzte	Krankenkassen
1. Dr. Bert, Margita	1. Schmeinck, Wolfgang
2. Dr. Korschanowski, Harri	2. Dr. Deisler, Harald
3. Dr. Wiese, Gisela	3. Dr. Ahrens, Hans Jürgen
4. Dr. Walmuth, Lutz	4. Dr. Gerdemann, Werner
5. Dr. Oelze, Rolf-Richard	5. Stuppardt, Rolf
6. Dr. Huemer, Johann	6. Stadié, Rolf
7. Dr. Zech, Ute	7. Dr. Pfeiffer, Doris
8. Dr. Seegers, Dietmar	8. Dr. Hoberg, Rolf

9. Kiefer, Gernot
10. Bauer, Hans-Holger
11. Schrader, Ute
12. Woelki, Nicolai

Vertragszahnärzte

1. Dr. Bentele, Roman
 2. Dr. Dieckhoff, Walter
 3. Dr. Kötzt, Hans-Joachim
 4. Dr. Schubert, Ulrich
 5. Dr. Liebaug, Frank
 6. Dr. Dr. Snel, Henry
 7. Dr. Dieckmann, Lutz
 8. Dr. Garling, Holger
 9. Dr. von Petersdorff, Volker
 10. Dr. Umland, Wolfgang
- b) Für Angelegenheiten der Vertragsärzte bzw. Vertragszahnärzte (vgl. § 12 Abs. 3 Satz 2 SGG) die vorgenannten Ärzte und Zahnärzte.

7. Senat

- | Arbeitnehmer | Arbeitgeber |
|-----------------------|-----------------------------|
| 1. Kovar, Walter | 1. Dr. Andresen, Boy-Jürgen |
| 2. Hannig, Heinrich | 2. Geppert, Cornelia |
| 3. Lasar, Dieter | 3. Dr. Dauber, Christoph |
| 4. Lohre, Karl-Werner | 4. Dr. Wirsam, Friedrich |
| 5. Dörr, Elisabeth | 5. Hesse, Dagmar |
| 6. Liedtke, Rudolf | 6. Rohkamm, Georg |
| 7. Gehrke, Astrid | |

8. Senat

Aus dem Kreis der von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vorgeschlagene Personen

1. Dr. Landsberg, Gerd
2. Menzel, Harald
3. Simon, Ernst-Christoph
4. Tesar, Ernst
5. Hesse, Karl-Heinz
6. Klein, Elke
7. Lübking, Uwe
8. Dr. Neidert, Manfred
9. Schulz, Susanne
10. Walter, Thomas

9. Senat

- | Versorgungsberechtigte/
behinderte Menschen | Mit dem sozialen Entschädigungs-
recht/dem Recht der Teilhabe
behinderter Menschen vertraute
Personen |
|--|--|
| 1. Dr. Roos, Hubert | 1. Dr. Simon, Günter |
| 2. Söldner, Kurt | 2. Franke, Alfred |
| 3. Maier, Berndt | 3. Döhnert, Karin |
| 4. Setzer-Pathe, Brigitte | 4. Fehl, Hans-Martin |
| 5. Amberger, Hans | 5. Kadoke, Manfred |
| 6. Riester, Georg | 6. Dr. Theren, Gabriele |
| 7. de Vries, Hans-Peter | 7. Eichler, Anneliese |
| 8. Würthenberger, Uwe | 8. Klockner, Sabine |
| | 9. Pelzner, Ursula |
| | 10. Wendland, Horst |

10. Senat

- | Versicherte | Arbeitgeber |
|----------------------|----------------------------|
| 1. Neuhaus, Dirk | 1. Freiherr Grote, Rüdiger |
| 2. Leite, Jürgen | 2. Hesse, Dagmar |
| 3. Braun, Rudolf | 3. Lischka, Clemens |
| 4. Senske, Uwe | 4. Dr. Picker, Claudia |
| 5. Gehrke, Astrid | 5. Rohkamm, Georg |
| 6. Herrmann, Wilhelm | |

11. Senat

- | Arbeitnehmer | Arbeitgeber |
|-----------------------|------------------------|
| 1. Setz, Brigitta | 1. Haase, Bettina |
| 2. Ende, Karin | 2. Winnefeld, Gerd |
| 3. Siller, Gert | 3. Zähringer, Hans |
| 4. Bareither, Benno | 4. Bungart, Johannes |
| 5. Dellmann, Thorsten | 5. Kleemann, Kristoff |
| 6. Govorusic, Heidi | 6. Alsbach, Peter |
| 7. Rademacher, Axel | 7. Dr. Picker, Claudia |

12. Senat

- | Versicherte | Arbeitgeber |
|-------------------------|---------------------|
| 1. Kovar, Walter | 1. Koch, Hans |
| 2. Schneidinger, Dieter | 2. Johannsen, Klaus |
| 3. Link, Liselotte | 3. Zähringer, Hans |
| 4. Gabke, Renate | 4. Harms, Helmut |
| 5. Stahl, Bernd | 5. Hesse, Dagmar |
| 6. Berndt, Karola | 6. Stein, Andreas |
| 7. Hehr, Uwe | |

13. Senat

- | Versicherte | Arbeitgeber |
|------------------------|-----------------------------|
| 1. Hannig, Heinrich | 1. Dr. Andresen, Boy-Jürgen |
| 2. Weniger, Dieter | 2. Dr. Schneider, Hans |
| 3. Neuhaus, Dirk | 3. Winnefeld, Gerd |
| 4. Farlock, Brigitte | 4. Freiherr Grote, Rüdiger |
| 5. Link, Liselotte | 5. Lippert, Manfred |
| 6. Roth-Bleckwehl, Eva | 6. Lischka, Clemens |
| 7. Schaller, Johannes | |

14. Senat

- | Arbeitnehmer | Arbeitgeber |
|-----------------------|-----------------------------|
| 1. Kovar, Walter | 1. Dr. Andresen, Boy-Jürgen |
| 2. Hannig, Heinrich | 2. Geppert, Cornelia |
| 3. Lasar, Dieter | 3. Dr. Dauber, Christoph |
| 4. Lohre, Karl-Werner | 4. Dr. Wirsam, Friedrich |
| 5. Dörr, Elisabeth | 5. Hesse, Dagmar |
| 6. Liedtke, Rudolf | 6. Rohkamm, Georg |
| 7. Gehrke, Astrid | |

Abschnitt II: Besetzung des Großen Senats

- | Versicherte | Arbeitgeber |
|--------------------|-----------------------------|
| Mitglieder: | Mitglieder: |
| 1. Gabke, Renate | 1. Dr. Andresen, Boy-Jürgen |
| 2. Leite, Jürgen | 2. Dr. Schneider, Hans |
| Vertreter: | Vertreter: |
| 1. Siller, Gert | 1. Busch, Axel |
| 2. Weniger, Dieter | 2. Haase, Bettina |

Arbeitnehmer

Mitglied:

Kovar, Walter

Vertreterin:

Setz, Brigitta

Versorgungsberechtigte/
behinderte Menschen

Mit dem sozialen Entschädi-
gungsrecht/dem Recht der Teil-
habe behinderter Menschen
vertraute Personen

Mitglied:

Dr. Roos, Hubert

Mitglied:

Dr. Simon, Günter

Vertreter:

Söldner, Kurt

Vertreter:

Kadoke, Manfred

Vertragsärzte

Krankenkassen

Mitglied:

Dr. Oelze, Rolf-Richard

Mitglied:

Schmeiack, Wolfgang

Vertreterin:

Dr. Bert, Margita

Vertreter:

Dr. Deisler, Harald

Vertragszahnärzte

Aus dem Kreis der von der Bun-
desvereinigung der kommunalen
Spitzenverbände vorgeschlage-
nen Personen:

Mitglied:

Dr. Schubert, Ulrich

Mitglieder:

1. Dr. Landsberg, Gerd

2. Menzel, Harald

Vertreter:

Dr. Dieckhoff, Walter

Vertreter:

1. Simon Ernst-Christoph

2. Tesar, Ernst

Abschnitt III: Regelungen über die Heranziehung der ehrenamtlichen Richter

- Die ehrenamtlichen Richter werden zu den Sitzungen der Senate 1 bis 14 jeweils in der Reihenfolge zugezogen, in der sie den einzelnen Senaten vom Präsidium zugewiesen sind (Listenturnus nach der jeweiligen Nummer der Zuweisung).
Herangezogen wird zunächst derjenige, der auf den letzten auch im vorangegangenen Geschäftsjahr herangezogenen ehrenamtlichen Richter folgt. Ist ein ehrenamtlicher Richter verhindert, so wird der nächste in der Reihenfolge zugezogen; ist auch dieser verhindert, der übernächste und so fort. Der jeweils Verhinderte wird so behandelt, als ob er an der Sitzung teilgenommen hätte (Anrechnung auf den Listenturnus). Ist ein ehrenamtlicher Richter von der Mitwirkung an einem oder mehreren Revisionsverfahren eines Sitzungstages kraft Gesetzes ausgeschlossen oder vor dem Termin wegen Besorgnis der Befangenheit mit Erfolg abgelehnt worden (Verhinderung), gilt er für sämtliche Verfahren dieses Sitzungstages als verhindert. Die Heranziehung neu berufener ehrenamtlicher Richter richtet sich nach der Nummer, mit der sie dem jeweiligen Senat zugewiesen werden.
- Ist bei Verhinderung eines ehrenamtlichen Richters die Ladung nach der Liste wegen Zeitmangels oder aus anderen Gründen nicht möglich, so sind die in dem nachstehenden Verzeichnis aufgeführten in oder in der Nähe von Kassel wohnenden ehrenamtlichen Richter in der Reihenfolge dieses Verzeichnisses zuzuziehen.
Entsprechendes gilt für verhinderte Vertreter ehrenamtlicher Richter bei Sitzungen des Großen Senats.
- Die Heranziehung nach Abs. 2 ist dem herangezogenen ehrenamtlichen Richter auf den Listenturnus nicht anzurechnen.

Abschnitt IV: Verzeichnis der in oder in der Nähe von Kassel wohnenden ehrenamtlichen Richter

Versicherte

Govorusic, Heidi

Kovar, Walter

Lasar, Dieter

Lohre, Karl-Werner

Schaller, Johannes

Siller, Gert

Stahl, Bernd

Weniger, Dieter

Arbeitnehmer

Govorusic, Heidi

Kovar, Walter

Lasar, Dieter

Lohre, Karl-Werner

Arbeitgeber

Freiherr Grote, Rüdiger

Lischka, Clemens

Dr. Schneider, Hans

Versorgungsberechtigte/behinderte Menschen

Riester, Georg

Dr. Roos, Hubert

Mit dem sozialen Entschädigungsrecht/dem Recht der Teilhabe behinderter Menschen vertraute Personen

Dr. Simon, Günter

Vertragsärzte und Vertragszahnärzte

Ärzte

Dr. Oelze, Rolf-Richard

Zahnärzte

Dr. Dieckhoff, Walter

Dr. Schubert, Ulrich

Krankenkassen

Dr. Deisler, Harald

Kreis der von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vorgeschlagenen Personen

Hesse, Karl-Heinz

Dr. Neidert, Manfred

Walter, Thomas

Anhang Erläuterung der beim Bundessozialgericht verwandten Aktenzeichen

I Allgemeines

Die Aktenzeichen werden in der nachstehenden Reihenfolge gebildet aus

- 1) dem Großbuchstaben B (für Bundessozialgericht)
- 2) der Nummer des zuständigen Senats (1 bis 14)
- 3) dem oder den Großbuchstaben (maximal zwei), die das Sachgebiet bezeichnen (siehe unter II)
- 4) der laufenden Nummer im maßgeblichen Register (siehe unter III)
- 5) den beiden letzten Zahlen der Jahreszahl
- 6) ggf. der Untergliederung nach Sachgebieten (siehe unter II)
- 7) der Bezeichnung des Registers (nachgestellt, siehe unter III)

II Für das Sachgebiet gelten folgende Großbuchstaben

- | | |
|---|----|
| a) Rentenversicherung | R |
| 1. Rentenversicherung – Angestellte –
(Eingänge bis zum 31. Dezember 2005) | RA |
| 2. Rentenversicherung – Arbeiter –
(Eingänge bis zum 31. Dezember 2005) | RJ |
| 3. Zuständigkeit des 13. Senats unter Nr. 3 | RS |
| b) Krankenversicherung | KR |
| c) Vertrags(zahn)arztrecht | KA |

d) Knappschaftliche Streitigkeiten (Eingänge bis zum 31. Juli 2008)		r) Schwerbehindertenrecht	SB
1. Rentenversicherung	KN	s) Aufsichtsrecht	A
2. Unfallversicherung	KN ... U	t) Sonstiges	SF
3. Krankenversicherung	KN ... KR	u) Grundsicherung für Arbeitsuchende	AS
e) Arbeitslosenversicherung und übrige Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit	AL	v) Sozialhilfe	SO
f) Kindergeld	KG	w) Asylbewerberleistungsgesetz	AY
g) Elterngeld, Erziehungsgeld	EG	x) Blindengeld	BL
h) Alterssicherung der Landwirte und Zusatzversorgung	LW	y) Künstlersozialversicherung	KS
i) Unfallversicherung	U	III Für die Register gelten folgende Großbuchstaben (nachgestellt ggf. untergliedert gemäß Abschnitt II Nr. 3)	
j) Pflegeversicherung	P	1. Revisionsregister	R
k) Kriegsoferversorgung	V	2. Beschwerderegister	B
l) Soldatenversorgung	VS	3. Register für Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	RH, BH
m) Häftlingshilfe	VH	4. Register für den Großen Senat	GS
n) Opferentschädigung	VG	5. Register für Sondersachen	S
o) Impfschaden	VJ	6. Klageregister	KL
p) SED-Unrecht	VU	7. Allgemeines Register	AR
q) Entschädigung inf. med. Maßnahmen	VM	8. Anhörungsrüge-Verfahren	C
		9. Sofortige Beschwerden	D